

Eckard Minx, Harald Preissler
**Ortswechsel –
 Regeln in informatisierten Gesellschaften**

1. Von expliziten Regeln

Paragraph 108 ist eindeutig: »Die Schenkin, die als Zahlung der Getränke nicht Korn, sondern Geld zu höherer Taxe nimmt, so dass der Geldbetrag den Wert der Getränke übersteigt, wird mit dem Wassertod bestraft.«



Abb. 1: Hammurabis Stein.
 (Codex 2002)

Vor mehr als 3500 Jahren setzte sich der babylonische König Hammurabi das Ziel, »alle Klassen der babylonischen Gesellschaft, Frauen und Sklaven eingeschlossen, zu schützen« (Codex 2002). Die insgesamt 282 Gesetze regeln vertragliche Beziehungen, setzen Preise für Güter und Dienstleistungen fest, definieren Eigentums- und Personenrechte, kurzum: die Strukturen und Prozesse der babylonischen Gesellschaft, die sich zum damaligen Zeitpunkt in einer spannungsgeladenen Phase des Umbruchs befand. Damit verbunden war der absolute Anspruch Hammurabis, seine Macht auch zukünftig abzusichern und mit Mitteln der Alleinherrschaft durchzusetzen.

Zeitsprung: »Ist Globalisierung ein neues Phänomen oder nicht? Überwiegen deren Vor- oder Nachteile? Sind mehr oder weniger politische Maßnahmen zur Steuerung der Weltwirtschaft nötig?« Mit Fragen dieses Kalibers widmet sich die Arbeitsgruppe »Global Governance« der Enquete-Kommission des 14. Deutschen Bundestages »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten« den gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Globalisierung (Brand u. Brunnengräber Blätter 2002).

Am Globalisierungsbegriff machen sich heute unterschiedlichste politische Ziele, Hoffnungen aber auch viele Ängste fest. Er ist auch ein Symbol für eine in Bewegung geratene Gesellschaft, die um neue Zukunftskonzepte ringt.

Das deutsche Parlament fragt in diesem Kontext nach seinen politischen Zukunftsvorstellungen sowie nach Möglichkeiten, diese unter den Bedingungen von Globalisierung durchzusetzen.

Ortssprung: »You want us to pay? We want you to pay attention. Don't worry, you can still make money. That is, as long as it's not the only thing on your mind. Have you noticed that, in itself, money is kind of one-dimensional and boring? What else can we talk about?« In den 95 Thesen des Cluetrain-Manifests, das im Frühling 2000 im World Wide Web veröffentlicht wurde (www.cluetrain.com), geht es um das Verhältnis von Unternehmen und Kunden bzw. Wirtschaft und Gesellschaft.

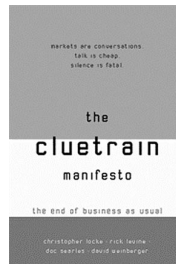


Abb. 2: Governance im Cyberspace – das Cluetrain-Manifest

Obwohl das Cluetrain-Manifest und seine Unterzeichner in der Öffentlichkeit keine nachhaltige Sichtbarkeit erlangt haben, trifft es den Zeitgeist an einer empfindlichen Stelle: Die »unverstellte Stimme des Menschen« kommt zu Wort (Baer Brandeins 2000). Beispiel Unternehmenskommunikation: Kann Authentizität vorgetäuscht werden? Warum sind Unternehmen unfähig, mit menschlicher Stimme zu sprechen?

Wie auch immer, der Cyberspace ruft nach Regeln. Wieder geht es um die Formulierung zukunftsweisender Ziele sowie um Mittel, diese zu erreichen. Diese sind nicht mehr die der Alleinherrschaft eines Hammurabi. Im Gegenteil: Seine Unterzeichner sind keine Herrscher, auch keine demokratisch legitimierten Volksvertreter. Sie agieren als Bürger aus rein individuellen Motiven und sprechen im Cluetrain-Manifest eine Sprache der Beteiligung. Viele Thesen sind als Fragen formuliert, entstanden in einem Prozess, in dem viele ihren Einfluss geltend machen.

Den drei Beispielen aus unterschiedlichen Zeiten und Kulturen sind folgende Punkte gemein:

- **Governance:** Es geht immer wieder neu um die Formulierung und Durchsetzung von Visionen bzw. Zielen. Es geht um Governance im Sinne der Frage: Welche Akteure und Institutionen sind in der Lage, konsistente Zukunftsvorstellungen zu entwickeln und umzusetzen?
- **Kontextbezug:** Hammurabis Gesetze sind auf die im Umbruch und Chaos befindliche babylonische Gesellschaft zugeschnitten und suchen diese zu regeln. Die Cluetrain-Thesen sind stark durch die individualistische Sichtweise der sozio-ökonomischen Elite der nordamerikanischen Internetvordenker geprägt. Das Misstrauen gegen jede Form institutioneller Macht, sei es die Regierung, seien es aggressiv auftretende Unternehmen, kommt darin zum Ausdruck. Die Enquete-Kommission debattiert im

scheinbar alternativlosen, komplexen, von wirtschaftlichen Interessen dominierten Kontext der hochentwickelten Industriestaaten mit ihrer Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit sowie einer Laissez-faire-Haltung gegenüber wirtschaftlichen Akteuren.

- **Explizite Festschreibung:** Hammurabis Gesetz, eingemeißelt in einer steinernen Stele, macht Rechtsprechung »sichtbar«. Die schriftliche Fixierung, für damalige Zeiten ungewöhnlich, erschwert unterschiedliche Auslegungen und nachträgliche Manipulation. Das gilt auch für die Positionen der Enquete-Kommission sowie das Cluetrain-Manifest. In all diesen Fällen sind die Governance-Bemühungen explizit, in Worten festgeschrieben. Ziel ist, durch schriftliche Normensetzung Visionen gesellschaftlicher Zukünfte transparent zu machen, Orientierung zu geben und die jeweiligen Ziele umzusetzen.

Doch die explizit festgeschriebenen Regelwerke decken nur Teile der komplexen Lebenswelt ab. Trotz, vielleicht auch gerade wegen, der heutigen Wort- bzw. Informationsflut, die aus unterschiedlichsten Quellen und Kanälen über uns hereinbricht, besteht gleichzeitig eine große Nachfrage nach Transparenz und Orientierungswissen. Während Zeitdiagnostiker in den Feuilletons unserer Zeitungen von emergenten Phänomenen, autopoietischen Strukturen und Sachzwängen schreiben, wächst in der Gesellschaft die Sehnsucht nach konkret handelnden Menschen, an denen Visionen und Verantwortung festzumachen sind. Deshalb ist der Boden fruchtbar für Formeln wie der »Kampf des Guten gegen Achsen des Bösen«, die so selbstverständlich daherkommen, als ob wir alle implizit wüssten, was denn das Gute und das Böse sei.

Dies wirft die Frage auf, ob es neben den offiziellen und expliziten Governance-Feldern noch ganz andere Quellen für wirkungsmächtige Regeln unserer Gesellschaft gibt. Gibt es eine unsichtbare Governance des Alltags, deren implizite, nicht festgeschriebene Regeln wir nur schwer erkennen können, und die deshalb mit der aktuellen Governance-Debatte kaum in Zusammenhang gebracht werden?

2. Von impliziten Regeln

Wie kommen wir dieser Normenwelt des Alltags näher? Können wir aus der Beobachtung dessen, was wir alltäglich tun bzw. womit wir alltäglich umgeben sind, etwas über implizite Regeln und Formen der Governance lernen? Blicken wir zum Test in die Themenfelder Marketing, Architektur und Fortschritt.

Marketing: »If you can get children by the age of two and target them incessantly between the ages of three and eight, they become lifelong consumers of your product.« (Leary Adbusters 2001). Konsum bestimmt unser Leben und immer stärker versuchen Werbestrategen, Markenprägungen bereits in der frühen Kindheit zu setzen.

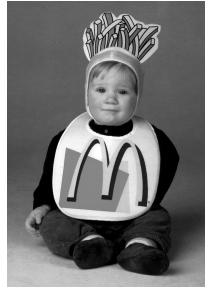


Abb.3: Frühe Markenprägung.
Quelle: Adbusters Magazine 08/01

Schon 1910 hatten »Kundenwerber« wie der Leipziger Johannes Weidenmüller erkannt: »Werbung ist Nachricht von Ware oder Dienstleitung oder Geschäft in willenbewegender Form« (Schindelbeck Universitas 2002). Es geht hier nicht darum, wie man diese subtile Form der Beeinflussung menschlicher mentaler Modelle moralisch bewertet. Vielmehr geht es darum, sie als eine hochwirksame Form der Governance zu begreifen, denn Werbeexperten haben »die einmalige Chance, nicht nur Produkte zu verkaufen, sondern Ideen, die zu einem besseren Leben führen können, in Europa und möglicherweise auf der ganzen Welt« (Schindelbeck Universitas 2002). Mit diesen Worten wies Eric Woldemar Stoetzner schon 1943 darauf hin, wie das mentale Terrain im Nachkriegsdeutschland mit Mitteln der Public Relations reif für »den amerikanischen Pflug« gemacht werden könne. Die Verwirklichung einer »Konsumdemokratie« war das Ziel (Schindelbeck Universitas 2002).

Architektur – Auch die Entwürfe von Architekten und Stadtplanern drücken implizit Vorstellungen darüber aus, wie menschliches Zusammenleben und die Gesellschaft organisiert werden sollen. Beispiel: die »Städte des Maschinenzeitalters« (Eaton 2001) spiegeln in deren statischen und wabenförmig gegliederten Strukturen die Ideale einer Massen- und Fließbandproduktion wider. Die entsprechend gestalteten Wohnblocks suchen auch jenseits der Arbeitsorte die Lebensweise der Menschen in entsprechende Regeln zu fassen.

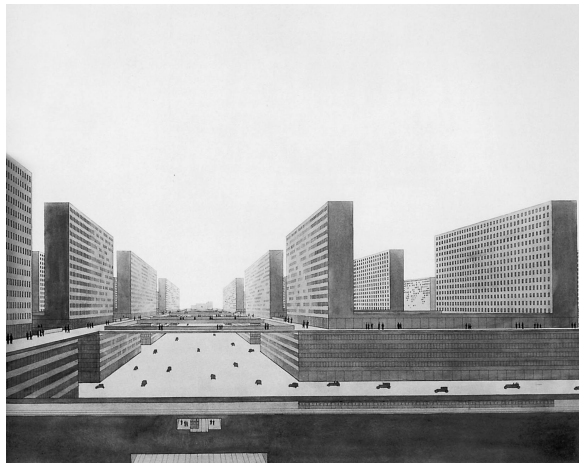


Abb.4: Städte des Maschinenzeitalters.
Quelle: Eaton, R. 2001

Im Gegensatz dazu verwiesen beispielsweise die Situationisten mit ihrer Idee des Homo Ludens auf eine spielerische Deregulierung der starren städtischen Formen: »Wir glauben vor allem, dass die Welt geändert werden muss. Wir wollen die denkbar befreidendste Transformation der Gesellschaft und des Lebens, in die wir eingesperrt sind«.

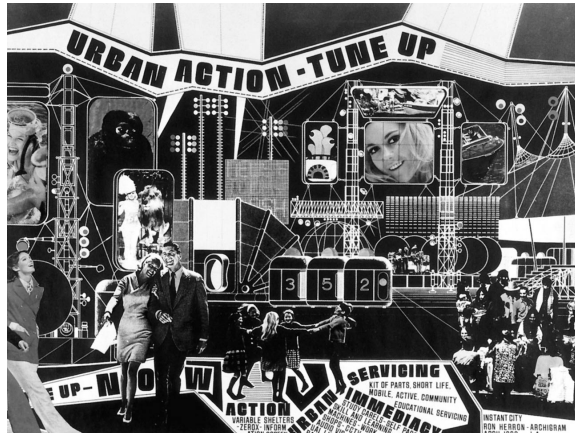


Abb. 5: Städte des Homo Ludens.
Quelle: Eaton,
R. 2001

Guy Debord beschreibt 1957 die wechselseitigen Beeinflussungen von (urbanen) Lebenswelten und menschlichem Verhalten wie folgt: »Wir müssen neue Umwelten schaffen, die zugleich das Produkt und das Instrument neuer Verhaltensweisen sind« (Eaton 2001). Welches Stadtbild würde unseren heutigen Governance-Zielen entsprechen?

Fortschritt: Fortschrittliches Denken wird heute in Ermangelung alternativer Gesellschaftskonzepte vielfach mit ökonomischem Denken identifiziert (Herzinger 2001). Es geht um internationale Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftsstandorte und deren Fähigkeit, Kapital von den globalen Finanzmärkten anzuziehen. Die Kategorie Wert hat sich entsprechend in Richtung ökonomischer Dimensionen bewegt. Regionen und Kommunen werden nach Investitionskriterien beurteilt, Unternehmenswerte in Aktienkursen ausgedrückt und Menschen als Humankapital vermessen. Der Idealtyp der »Neuen Ökonomie« ist der Agent, der mit selbstbewusstem Wissen über seine jeweiligen Präferenzen aktiv und selbstbestimmt lebt. Preise, die im »idealen Markt« die einzig relevante Information sind, um über Produkte und Services Bescheid zu wissen, sind die Grundlage, um agieren zu können. Der Fortschritt bzw. die Qualität von Wirtschaftssystemen werden am BIP festgemacht: je höher das BIP/Kopf, desto höher ist die Lebensqualität.

Dies alles erscheint wie eine Naturgewalt, an die man sich anpassen muss, um nicht daran zu Grunde zu gehen. Trotzdem scheint das alles so richtig nicht aufzugehen. Wir wissen, so wenig es ideale Märkte gibt, auf denen »rational agierende Nutzenmaximierer« interagieren, so wenig werden die Versprechungen von »reibungsfreien Ökonomien« eingelöst werden können. Dies gilt ebenso für die aktuellen Visionen von Stadt- und Raumplanung mit den damit

zusammenhängenden Fragen des modernen städtischen Lebens. Auch die neuen Versprechen von Ganzheit, wie sie Richard Herzinger in der integrativen Konsum- und Warenwelt und der zugehörigen künftigen Konsumentendemokratie sieht (Herzinger 2001), sind aus heutiger Sicht alles andere als abgemachte Sache.

Insgesamt ist dem englischen Management-Berater Charles Leadbeater zuzustimmen, wenn er attestiert, dass eine »motivierende utopische Vision, wie unsere Gesellschaft künftig aussehen könnte« derzeit nicht in Sicht ist. Die alte Formel, wonach »wer hart arbeitet und sparsam ist, ein Leben in Sicherheit mit stetig steigendem Einkommen hat und einem stabilen und ruhigen Lebensabend zusteuert«, klingt heute jedenfalls antiquiert (Scitovsky 1992).

Die Governance künftiger Gesellschaften hängt aber davon ab, wie wir Gesellschaften wahrnehmen bzw. aus welcher Perspektive wir auf sie blicken. Wo suchen wir überhaupt nach Fortschritt bzw. nach Zukunft? Ein vielfach gehandelter Kandidat ist die Informationsgesellschaft.

3. Die Informationsgesellschaft – Idee oder Realität?

Immer stärker tritt der Begriff »Information« als charakterisierende Größe der modernen Welt hervor, und Länder wie die USA, Japan und Deutschland werden als die Informationsgesellschaften von morgen identifiziert. Dabei sind folgende Perspektiven im Spiel (Preissler 1997):

- Die technische Sicht – die Datenautobahn: Dieses Bild der Informationsgesellschaft ist wesentlich geprägt durch die Leistungssteigerung der Informations- und Kommunikationstechnologie. Die gleichzeitige Konvergenz von Rechnerleistung, Telekommunikation und Medien ist unbestritten der Trend der neunziger Jahre. Unbeantwortet bleibt jedoch die Frage, wie viel Informations- und Kommunikations-Technologie notwendig ist, um eine Informations- von einer Industriegesellschaft unterscheiden zu können (Webster 1995).
- Die ökonomische Sicht – die »New Economy«: Der Internet-Boom führte zur oft geäußerten Meinung, die Wirtschaft habe die Ära der zyklischen Entwicklung überwunden und befinde sich nun in einer Phase des langen Aufschwunges (Porat 1977). Das Platzen der Spekulationsblase bestätigte die Kritiker und enttäuschte diejenigen, die in der Tat auf eine »Neue Ökonomie« gehofft und in diese Hoffnung investiert hatten. Insgesamt ist die Bedeutung von Informationstechnologien für Wirtschaft und Gesellschaft unbestritten. Jedoch ist die Wirtschaft nach wie vor stark durch die Nutzung bodenständiger Faktoren, von natürlichen Ressourcen bis hin zu menschlicher Arbeitskraft geprägt, die sich nicht ohne weiteres »virtualisieren« lassen.
- Die soziale Sicht – Information als gesellschaftlicher Machtfaktor: Aus dieser Perspektive wird versucht, die Informationsgesellschaft über die

Nutzung von Technologien sowie deren gesellschaftliche Bedingungen zu interpretieren. Was sind die Rahmenbedingungen der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (Kosten, Qualifikation, Demographie)? Wie steht es um die mögliche Überwachung von Mitarbeitern mittels Technologien? Trotz weiter steigender Durchdringung der Gesellschaft mit Technologien ist deren Nutzung nach wie vor stark unterschiedlich ausgeprägt (Castells 2001).

- Arbeit – die »Informationsarbeiter«: Die Informationsgesellschaft wird vielfach aus der Anzahl der Erwerbstätigen definiert, deren Arbeit der Umgang mit sogenannter Information ist. Wenn die Zahl der Lehrer, Rechtsanwälte, Finanzdienstleister und Unterhalter die Zahl der Stahl-, Werft- und Bauarbeiter übersteige, so konstituiere dies die Informationsgesellschaft. Auch diese Definition ist wegen des Zuordnungsproblems umstritten. Ist der Bahnangestellte im Stellwerk, der Zugfahrpläne verarbeitet, mit anderen Stellwerken kommuniziert und die Streckenbenutzung regelt, ein Informationsarbeiter? Laut Statistik ist er bisher ein »Industriearbeiter«.
- Kultur – die Sucht nach weniger und mehr Information: Der Begriff Kultur bezeichnet einen Satz von gemeinsam getragenen – meist impliziten – Theorien, Meinungen und Anschauungen darüber, wie das gesellschaftliche Leben abläuft. In den hochentwickelten, westlichen Gesellschaften ist die Alltagserfahrung in einem bisher nie da gewesenen Umfang durch Medien und eine anwachsende Informationsflut gekennzeichnet. Paradoxerweise ist es gerade diese starke Zunahme von medialer Information, die Kritiker aufgreifen, um vom »Ende der Informationsgesellschaft« zu sprechen. Die schiere Informationsmenge, deren extreme Vielfalt, Kurzlebigkeit und Widersprüchlichkeit mache sie selbst bedeutungslos.

Was also soll die Informationsgesellschaft sein? Außer der Meinung, dass Information einen zunehmenden Stellenwert in der Gesellschaft einnehme, gibt es kaum Übereinstimmung über deren wesentliche Merkmale. Wir werden auch künftig mit der Spannung zwischen Euphorie und grundsätzlichen Zweifeln über die Legitimität des Konzeptes leben müssen.

4. Zukunft anders denken und schaffen

Doch das ist nicht neu. Im Gegenteil: Vorschnelle Euphorien haben eine ebenso lange Tradition wie Fehlprognosen. So meinte der berühmte Mathematiker und Erfinder Lord Kelvin im Jahr 1897, »Das Radio hat absolut keine Zukunft«. Thomas J. Watson, Vorstandsvorsitzender der IBM, meinte 1943: »Ich glaube, auf dem Weltmarkt besteht Bedarf für fünf Computer, nicht mehr«. Und Ken Olsen, CEO des Computerherstellers Digital, sah noch 1977 keinen Grund, »warum einzelne Individuen ihren eigenen Computer haben sollten«.

Gesellschaftliche Entwicklungen entziehen sich wegen ihrer inhärenten

Dynamik, Komplexität und Widersprüchlichkeit der exakten Vorhersage. Aber darauf kommt es nicht an. Es geht nicht darum, die Zukunft vorzusagen, es geht vielmehr darum, sie mitzugestalten. Das bedeutet auch: Die Zukunft ist kein von vorneherein feststehender Endzustand, der uns von außen aufgezungen wird.

Was bedeuten nun diese Bemerkungen zu expliziten und impliziten Regeln sowie dem Umgang mit Zukunft für Governance?

Zunächst zur Nichtvorhersagbarkeit von Zukunft: wegen der prinzipiellen Offenheit der gesellschaftlichen Entwicklung wird es keine Governance-Patentrezepte geben. Aber gleichzeitig gilt, dass erst wenn wir die Zukunft als gestaltbar erkennen, statt auf scheinbar alternativlose Entwicklungen lediglich zu reagieren, können wir daran gehen, unsere Zukunft bewusst mitzuprägen. Entsprechend ist und bleibt ein kritisches Begreifen der Wirklichkeit, die Akzeptanz von Alternativen, Voraussetzung für politisch angemessenes Handeln. Denn wo es keine Alternativen gibt, wo Sachzwänge herrschen und Notwendigkeiten regieren, besteht kein Bedarf an parlamentarischer Regelung. Die Dinge regeln sich gemäß einem inhärenten Plan gleichsam selbst. Das bedeutet auch die Akzeptanz von Widersprüchen, Offenheit und Ambivalenz. Dafür kommt es in vielen Fällen eher darauf an, richtige Fragen zu stellen, als »richtige« Antworten geben zu wollen.

In diesem Sinn ist Friedrich Hayek zuzustimmen: »Liberty is essential in order to leave room for the unforeseeable and unpredictable; we want it, because we have learned to expect from it the opportunity of realizing many of our aims. It is, because each individual knows so little and, in particular, because we rarely know which of us knows best that we trust the independent and competitive efforts of many to induce the emergence of what we shall want when we see it« (Hayek 1960).

Was zeigt der Blick auf die expliziten Regeln der Gesellschaft? Die Governance eines Hammurabi, der als Alleinherrscher, ausgestattet mit göttlicher Macht, gesellschaftliche Regeln einsetzt, ist heute nicht in Sicht. Schon eher scheint das aus diversen Subkulturen geborene Cluetrain-Manifest in seiner diskursiven Art zur heutigen, an vielen Konfliktlinien gebrochenen, komplexen Gesellschaft zu passen. Governance muss den Ansprüchen pluraler Gesellschaften entsprechen, die keine Mitte, keinen gemeinsamen Kern haben. Zu fragen ist, ob gar die Idee gesamtgesellschaftlicher Ziele vielleicht überholt ist und Governance-Systeme nur noch Regeln für den Ausgleich individualisierter und partikularer Interessen schaffen müssen. Es wird dann wichtiger, dass die konkret handelnden Akteure mit ihren normativen und utopischen Positionen deutlich werden.

Auch müssen wir unterscheiden zwischen Zielen einerseits und Mitteln, diese zu erreichen, andererseits. Wenn wir z.B. richtigerweise Bildung und Erziehung als wesentlich für die weitere Entwicklung einer Informationsgesellschaft ansehen, muss es nachdenklich stimmen, wenn der Fortschritt auf diesem Weg lediglich anhand von Statistiken über die Computernutzung in Schulen ermittelt wird. Was ist hier Mittel, was ist Zweck? Auch eine

100%ige Durchdringung unserer Schulen mit Computern wird nichts grundsätzlich an der Thematik ändern, wie unsere Kindern z.B. lernen zu lernen. Hier müssen die Bildungsinstitutionen insgesamt kritisch überdacht werden, vor dem Hintergrund, was denn mögliche Bildungsziele und -inhalte für morgen sein müssten. Gibt es z. B. so etwas wie zukunftsfeste Bildungsinhalte und wenn ja, wie sehen diese aus und wie lassen sie sich vermitteln?

Es ist ebenso zu fragen, was wir im Hinblick auf die laut geforderte Sozialkompetenz aufgeben, wenn wir Erziehungsaufgaben immer früher »professionalisieren«, indem Kindergarten- und Vorschulkinder zwar »Full time« versorgt sind, gleichzeitig aber berufstätige Eltern immer weniger für sie da sind, damit die »Haushaltskasse stimmt«.

Was bedeuten schließlich die impliziten Regeln der Gesellschaft für Governance? Die Beispiele aus den Bereichen Marketing, Wirtschaft und Architektur zeigen den subtilen Einfluss einer Normenwelt des Alltags auf unsere Vorstellungen von wünschbaren Zukünften ebenso, wie sie die faktische Umsetzung gesellschaftlicher Interessen und Machtverhältnisse ausdrücken. In der bewussten Wahrnehmung und Mitgestaltung dieser Felder liegen große Gestaltungsfelder und Potenziale künftiger Regulierung.

Das Gesagte ist deshalb ein Plädoyer für eine Erweiterung des Blickfeldes in der Governance-Diskussion. Governance-Systeme müssen selbst zu einem Governance-Thema werden. So treten zu den traditionellen Governance-Akteuren wie z. B. politische Institutionen, Nicht-Regierungsorganisationen, Verbände, etc. neue, wirkungsmächtige Akteure, die maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung haben. In einer Gesellschaft, die maßgeblich mit Informationsströmen durchdrungen ist, könnten dies z. B. die von Robert Reich genannten Symbolic Analysts sein, die wesentlich die mentalen Modelle von Menschen prägen, wie z. B. die Werbewirtschaft, Medien, Lehrer, etc.

Die Reflexion des Inhaltes und der Reichweite des Governance-Begriffes ist auch deshalb wichtig, weil Governance oft als »Containerbegriff« gebraucht wird und unklar ist, welche Akteure bzw. welche Diskurse darüber entscheiden, was in den Container darf und was nicht – grundlegend kritische Positionen zumeist nicht (Brand Freitag 2000). Hierzu könnte das Konzept einer Global Public Policy, die ein Netzwerk zwischen öffentlichen, privaten, nationalen, regionalen und kulturellen Organisationen einschließt, hilfreich sein (Reinicke 1998).

Governance, die auf einfache Wahrheiten baut, alternativlose Zukünfte proklamiert und sich auf kategorische Aufteilungen der Welt bezieht, kann vielleicht eine Zeitlang – oft nur durch Einsatz von Gewalt – wirksam sein, langfristig wird sie scheitern. Und: Die 4000 Jahre Governance seit Hammurabi zeigen: Es gibt keine Regel, wonach sich Regeln bilden.

Literatur

Baer, O. 2000: Miteinander reden. brandeins, 03/2000, in: http://www.brandeins.de/magazin/archiv/2000/ausgabe_03/cluetrain/artikel4_1.html

- Brand, U., Brunnengräber, A. (2002): Auf der Suche nach der anderen Globalisierung. Zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission. Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2002, Bonn 2002
- Brand (Freitag 2000), Global Governance. Der Ruf nach einer »neuen Weltordnungspolitik« und der Rückkehr zu staatlicher Steuerungsfähigkeit. In: Freitag 16, 14. April 2000
- Castells, M. (2001): Die Netzwerkgesellschaft. Opladen 2001
- Codex 2002: Übers. aus: Peiser, F. E, Kohler, J. (1904): Hammurabis Gesetz. Bd. I. Leipzig 1904. In: <http://www.weltrecht.de/kontakt/texte/hammurabi.htm>
- Eaton, R. (2001): Die ideale Stadt. Berlin 2001
- Hayek, F. A. (1960): The Constitution of Liberty, London 1960
- Herzinger, R. (2001): Republik ohne Mitte. Ein politischer Essay. Berlin 2001
- Leary Adbusters 2001: Kevin O'Leary, President der Learning Company Inc. Zitiert in: Adbusters 08/01, Media Foundation, Vancouver 2001
- Martin, W., J., The Global Information Society, Aslib Gower, London, 1995
- Porat, M. (1977): The Information Economy: Definition and Measurement, OT Special Publ. 77-12 (1), US Department of Commerce, Washington DC 1977
- Preissler, H. (1997): Kundenkommunikation in der Informationsgesellschaft. DaimlerChrysler AG, Berlin 1997
- Reinicke, W. H. (1998): Global Public Policy. Governing without Government? Washington 1998
- Schindelbeck 2002: Was eine Gesellschaft zusammenhält. Kleine Konsumgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1990. In: Universitas 03/2002, Nr. 669, Stuttgart 2002
- Scitovsky, T. (1992): The Joyless Economy, Oxford, 1992
- Webster, F. (1995): Theories of the Information Society, London 1995